

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 03/2024 vom 21. März 2024, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz
Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser (bis und mit Sitzungsunterbruch nach Traktandum 32, 19.35 Uhr), Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

-

Schluss der Sitzung

21:40 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Insbesondere begrüsst er Stefan Bähler, Schulleiter Lerchenfeld, Roland Götz, Präsidenten des Lerchenfeldleists und Vorstandsmitglieder.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, stellt den Ordnungsantrag, dass nach der Behandlung der beantragten Fristverlängerung der Veloinitiative im Falle einer Ablehnung die Veloinitiative materiell behandelt wird. Der Gemeinderat führt aus, dass er das Geschäft zurückgezogen habe und er es in der nächsten Sitzung wieder vorlegen werde. Es handelt sich nicht um einen klassischen Rückzug. Es ist eine Verschiebung. Gemäss Artikel 29 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Stadtrates von Thun wäre der Stadtrat zuständig für Verschiebungen. Alle waren vorbereitet und nun wurde das Geschäft von der Traktandenliste gestrichen. Eine Verschiebung ist seiner Ansicht nach auch nicht begründet. Es geht um einen Verschiebungstatbestand, für welchen der Stadtrat zuständig ist.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 30 : 9 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Im Übrigen wird die vorliegende Traktandenliste vom Rat genehmigt.

Daniela Huber Notter (Die Mitte) hat eine persönliche Erklärung zum Mokka. Sie kommt zurück auf die letzte Sitzung, in welcher das aus ihrer Sicht unsägliche Postulat betreffend Preisgelder der Burgergemeinde Bern eingereicht wurde. Das Postulat wurde anfangs Woche zurückgezogen, aber dies macht es in ihren Augen nicht besser. Sie schämt sich und ist sauer. Sie will deutlich machen, dass sie sich entschieden von dem Postulat distanziert. Das vorgeschlagene Vorgehen ist für sie befremdlich. Sie anerkennt die Bedeutung kultureller Institutionen. Eine nachhaltige Kulturpolitik ist wichtig.

26. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15. Februar 2024.

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

27. Budget- und Rechnungskommission (BRK)

Ersatzwahl für die zurückgetretene Susanne Gygax-Wymann (EVP)

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass die Fraktion Simon Badertscher vorschlägt.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung in Verbindung mit Artikel 22 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Stadtrates von Thun beschliesst:

In die Budget- und Rechnungskommission (BRK) wird als Mitglied anstelle von Susanne Gygax-Wymann (EVP) per sofort gewählt: Simon Badertscher (EVP).

28. Schulkommission

Wahl von Christian Urban Schilling anstelle des zurückgetretenen Mathias Hirt

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung sowie auf Artikel 17 Absatz 1 Bildungsreglement und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Februar 2024, beschliesst:

1. Von der Demission von Mathias Hirt per 31. Dezember 2023 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Mathias Hirt wird Christian Urban Schilling, geb. 1974, von Luzern und Bleiken SG, Bauingenieur, wohnhaft Hubelmatt 7, 3624 Goldiwil, als Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

29. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2023 des Datenschutzbeauftragten.

Der Rat genehmigt mit deutlicher Mehrheit folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 28. Februar 2024, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2023 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

30. Arealentwicklung «Neue Freistatt»

Genehmigung der Heimfallentschädigung in der Höhe von 3.32 Mio. Franken, Bewilligung einer Anlage ins Finanzvermögen in der Höhe von 2.86 Mio. Franken für die Rückbaukosten, Genehmigung der Abgabe des Areals im Baurecht an die gemeinnützige Bau- und Wohngenossenschaft Freistatt und die städtische Pensionskasse Thun, Überführung einer Teilfläche von 663 m² ab Parzelle Thun 1 (Thun)-GbbL Nr. 357 (Lindenplatz) im Wert von 132'600 Franken vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung) sowie Bewilligung eines Verpflichtungskredites zulasten der Investitionsrechnung in der Höhe von 400'000 Franken für die Projektierung und die Realisierung des Lindenplatzes. Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

Der Stadtpräsident erläutert, dass es eines der komplexesten Geschäfte der letzten Jahrzehnte ist. Heute kommen wir zu einem neuen Meilenstein. Die Genossenschaft ist seit 1943 Baurechtsnehmerin auf städtischem Boden. Aufgrund von grossem Sanierungsbedarf gelangte sie 2009 an die Stadt. So konnte gemeinsam ein Planungsprozess initiiert werden. Das Gebiet wurde erweitert und beplant. Insgesamt konnten verschiedene strategisch wichtige Anliegen der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Es entstehen 260 Wohnungen, was der Innenentwicklung dient. Der gemeinnützige Wohnungsbau kann weiterentwickelt werden. Neue Angebote für verschiedene Zielgruppen können zur Verfügung gestellt werden. Die soziale Durchmischung kann sichergestellt werden. 66% beträgt der gemeinnützige Wohnungsanteil. Ziel waren 45%. Die Energiestandards sind vorbildlich. Die Nachhaltigkeit kann in allen Dimensionen gestärkt werden. 16 Teams haben in einem anonymen Wettbewerb ihre Ideen eingereicht. Schön ist, dass ein lokales Team gewonnen hat. So kann sichergestellt werden, dass die lokalen Gegebenheiten

berücksichtigt werden. Die Nachhaltigkeitskriterien, die städtebauliche Einpassung, die Quartierverträglichkeit und die auf die bestehende Struktur angepassten Fusswegverbindungen konnten berücksichtigt werden. Das Projekt «Aronia» vom Büro Brügger Architekten AG von Thun in Zusammenarbeit mit dem Studio Vulkan Landschaftsarchitektur hat überzeugt. Der Grünraum hat überzeugt. So kann man nachhaltig die Zukunft planen. Es gibt andere für die Öffentlichkeit wichtige Elemente wie den Quartierplatz Lindenplatz inklusive Postfiliale, Gewerbenutzungen, Ateliers und einen Gemeinschaftsraum mit einem kleinen Kaffee. Auch eine Kita und ein Kindergarten werden geplant. Alle Anforderungen können so erfolgreich umgesetzt werden. Das Fazit ist, dass es eine erfolgreiche Planung ist. Es ging lange, es ist aber etwas sehr Gutes herausgekommen. Der Stadtrat kann das Projekt heute in eine weitere Etappe schicken. Auch ein Volksmehr wird noch benötigt. Nach allen Vorarbeiten ist es nun ein Liegenschaftsgeschäft. Es waren sämtliche Direktionen beteiligt. Auch viele externe Partner haben zu dem guten Ergebnis beigetragen, insbesondere auch die Genossenschaft und die städtische Pensionskasse. Die Genossenschaft hat dem Baurechtsvertrag einstimmig zugestimmt. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Anpassungen an der Abstimmungsbotschaft werden vom Gemeinderat so übernommen werden.

Gemeinderat Reto Schertenleib führt aus, dass eine lange Planung erfolgt ist und die politische Diskussion stattgefunden hat. Man ist sich einig, dass vorliegt ein gutes und für Thun gewinnbringendes Projekt vorliegt. Nun können die Voraussetzungen geschaffen werden, damit mit dem Bau begonnen werden kann. Nun geht es um drei Punkte. Es geht um eine Heimfallentschädigung, wie dies der Baurechtsvertrag vorsieht. Die Bauten sollen zudem zurückgebaut werden. Danach sollen neue Baurechtsverträge abgeschlossen werden. Für die Entwicklung und Projektierung vom Lindenplatz ist nun ein Verpflichtungskredit notwendig.

Adrian Christen, **SAKO B + L**, erläutert, dass das Projekt bereits lange dauert. Es hat sich stetig weiterentwickelt und hat einen schönen Prozess hinter sich. Auf diesem Weg sind die Bewohnerinnen und Bewohner und der Stadtrat vorbildlich miteinbezogen worden. Mit dem im 2019 genehmigten Geschäft wurde dem Gemeinderat einstimmig erklärt, dass man mit der Planung einverstanden ist und ihm wurde der Auftrag gegeben, dies weiterzuentwickeln. Mit der Wohnbaugenossenschaft Freistadt und der städtischen Pensionskasse konnten zwei Bauträgerinnen gefunden werden, die sehr gut passen. Es ist positiv, dass es nur zwei sind. Mit dem Projektwettbewerb hat man ein passendes Projekt gefunden. Danach wurde der Heimfall mit der Genossenschaft Freistadt ausgehandelt. Dies löst die Entschädigung von 3.32 Mio. Franken und Rückbaukosten von 2.86 Mio. Franken aus. Auch die Abgabe im Baurecht muss der Stadtrat beschliessen. Zuletzt muss die Überführung der Fläche von 636m² vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen und die Bewilligung des Kredits in der Höhe von 400'000 Franken für die Projektierung und Realisierung des Lindenplatzes bewilligt werden. Dies muss alles als Paket bewilligt werden. Die beiden SAKO's P + StE und B + L wurden vom Gemeinderat und der Verwaltung ausführlich informiert. Daraus folgten die Änderungen durch die SAKO P + StE im Abstimmungsbüchlein. Die SAKO B + L hat das Geschäft einstimmig bei einer Abwesenheit angenommen.

Thomas Rosenberg, **SAKO P + StE**, führt aus, dass aus der Diskussion die vorliegenden Anträge um Änderungen im Abstimmungstext entstanden sind. Das Geschäft soll auch in der Volksabstimmung einfach und verständlich kommuniziert werden. Das Geschäft und die Änderungsanträge wurden in der SAKO einstimmig angenommen.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne**, findet es fast ein bisschen unrealistisch: ein Areal mit 260 langfristig günstigen Wohnungen, ernsthafter Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, dazu an zentraler Lage und politisch breit abgestützt. Die Fraktion ist stolz auf das Projekt. Im 2014 gab es ein Postulat betreffend nachhaltige Quartierentwicklung auf dem Freistadtareal, das einstimmig überwiesen worden ist. Vor fünf Jahren gab es einen Beschluss zur ZPP und den Mindestanforderungen an den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Dies konnte heute weit übertroffen werden. Die Fraktion wünscht sich mehr solche Geschäfte und stimmt ihm einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, erläutert, dass die Fraktion erfreut ist über das Geschäft. Dass der Anteil an Genossenschaftswohnungen so hoch ist, ist eine begrüßenswerte Entwicklung. Es ist erfreulich, dass die Genossenschaft den Zuschlag erhalten hat, welche bereits heute dort ist. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Wohnbaugenossenschaft das Projekt stemmen kann. Die Fraktion hofft, dass das Geschäft so positiv weitergeht. Das Thema Energie ist noch nicht abschliessend geklärt. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Lindenplatz wichtig ist für das gesamte Quartier. Die Planung wird herausfordernd sein. Dem Geschäft wird die Fraktion einstimmig zustimmen.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion eine Heimfallsentschädigung von 3.32 Mio. Franken genehmigt, einen Rückbau genehmigt, der Rückgabe der unbebauten Fläche an die Wohnbaugenossenschaft und die Pensionskasse im Baurechtsvertrag zustimmt und der Rückführung einer kleinen Teilfläche vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zustimmt. Zusätzlich wird ein Verpflichtungskredit für die Planung des Lindenplatzes gesprochen. Danach muss noch das Volk entscheiden. Dies ist eine gute Sache. Zu der Wirtschaftlichkeit teilt er noch einige Gedanken: Es ist grundsätzlich schön, wenn der Buchwert von ca. 6.4 Mio. Franken auf heute 24 Mio. Franken steigt. Dass alle Investitionen nach 32 Jahren amortisiert sind, ist erfreulich. Das vorliegende Geschäft zeigt aber exemplarisch den Unterschied der Erträge des Baurechtszinses der marktorientierten Abgabe an die Pensionskasse und der subventionierten Abgabe an die Wohnbaugenossenschaft auf. Die Pensionskasse zahlt auf 1/3 des Baulandes annähernd gleich viel wie die Wohnbaugenossenschaft auf 2/3 des Baulandes. Dies für bezahlbaren Wohnraum. Bedeutet dies, dass die restlichen Wohnungen in Thun unbezahlbar sind? Die Freistadt ist dafür nur ein Beispiel. Dies muss man sich als Stadt leisten können. Sonst ist die Fraktion mit den Planungs- und Abwicklungsschritten sehr zufrieden. Das neue Quartier lässt eine hohe Wohn- und Lebensqualität erwarten. Die Fraktion genehmigt und bewilligt unter Vorbehalt der Volksabstimmung das vorliegende Geschäft.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, freut es, dass das Projekt jetzt auf die Schlussgerade gelangt. Es ist Zeit für mehr bezahlbaren Wohnraum. In der SAKO wurde einzig noch die Abstimmungsbotschaft kritisiert. Dies bedeutet, alles andere war gut. Eine Sache muss in der Kommunikation besonders aufgegriffen werden. Es muss erklärt werden, wie ein Projekt für einen Abriss 3.32 Mio. Franken kosten kann. Die Stadt muss den Restwert der Häuser begleichen und die Abbruchkosten bezahlen. Es ist wichtig, dass das Geschäft mit der Zeit insgesamt gute Zahlen aufweist. Noch wichtiger ist, dass der veraltete Baurechtsvertrag ersetzt werden kann. Der neue Baurechtsvertrag passt sich dem Markt an. Veränderungen können so vorweggenommen werden. Die Fraktion stimmt allen Punkten zu.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, nimmt positiv entgegen, dass für die Baukosten eine Refinanzierung geplant ist. Es ist erfreulich, dass mehr Wohnungen gebaut werden, als es aktuell gibt. Die Wohnung werden wohl anfangs etwas teurer sein und danach werden die Mietzinse sinken. Wichtig ist, dass die Genossenschaft die richtigen Leute zur richtigen Zeit in die richtigen Wohnungen platziert. Die Fraktion unterstützt das Vorhaben.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die gute Aufnahme. Die Änderungsanträge werden unterstützt. Die Heimfallkosten werden erklärt werden müssen. Sie sind Voraussetzung, damit bessere Baurechtsverträge abgeschlossen werden können, damit man mehr zurückerhält.

Der Rat genehmigt mit 39 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 14. Februar 2024, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 literae c (i. V. m. Artikel 100 Absatz 2 litera e GV) und e der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 21. März 2024, beschliessen:

1. Die Arealentwicklung Freistatt wird mit folgenden Teilbeschlüssen genehmigt:
 - a) Heimfallentschädigung oder entsprechende Abgeltung zugunsten der gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaft (GBWG) Freistatt Thun in der Höhe von 3.32 Mio. Franken.
 - b) Bewilligung einer Anlage ins Finanzvermögen in der Höhe von 2.86 Mio. Franken für die Rückbaukosten.
 - c) Abgabe einer Fläche von ca. 15'505 m² im Baurecht an die gemeinnützige Bau- und Wohngenossenschaft (GBWG) Freistatt Thun zu einem jährlichen Baurechtszins von 228'000 Franken.
 - d) Abgabe einer Fläche von ca. 8'255 m² im Baurecht an die städtische Pensionskasse Thun zu einem jährlichen Baurechtszins von mindestens 192'000 Franken.
 - e) Überführung einer Teilfläche von 663 m² ab Parzelle Thun 1 (Thun)-Gbbl. Nr. 357 (Lindenplatz) im Wert von 132'600 Franken vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung).
 - f) Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von 400'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.077 (Bilanzkonto Nr. 140.01.01) für die Projektierung und die Realisierung des Lindenplatzes.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Dieser Auftrag umfasst die Vollmacht, die definitiven Verträge mit geringfügigen Anpassungen, welche sich zum Beispiel aus der definitiven Vermessung oder der definitiven Etappierungsplanung ergeben, abzuschliessen.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

31. Gemeindeinitiative «Sichere Velorouten für Thun» (Thuner Velo-Initiative)

Gesuch des Gemeinderates um eine Verlängerung der 9-monatigen Behandlungsfrist gemäss Artikel 25 Absatz 1 Stadtverfassung um zwei Monate (Artikel 25 Absatz 3 StV). Rückzug des Geschäftes durch den Gemeinderat und Wiedervorlage des Geschäftes mit zusätzlichen Informationen an der nächsten Stadtratssitzung vom 2. Mai 2024.

Gemeinderat Reto Schertenleib teilt mit, dass es um die Verlängerung der Frist für die Behandlung im Stadtrat geht. Der Rückzug des Geschäfts betreffend Behandlung der Initiative ist kurzfristig. Der Hintergrund sind Entwicklungen betreffend zwei massgebliche Velorouten. Es handelt sich um die Veloverbindung «Buchholzstrasse-Adlerstrasse-Burgerstrasse-General-Wille-Strasse» und um die «Netzergänzung Bahnhof-Selve-Schwäbis». Die Landeigentümerinnen haben ebenfalls kurzfristig und überraschend am 8. und 15. März eröffnet, dass das Land nicht zur Verfügung gestellt werden wird, respektive die Abparzellierung nicht stattfinden wird. Der Gemeinderat kann aktuell nicht einordnen, was dies für Konsequenzen haben wird und will aber den Stadtrat mit allen Informationen bedienen. Beide Projekte tragen zu einer Länge von etwa 4.4 km bei. Dies ist massgeblich bei einer geforderten Strecke von 25 km. Das Geschäft wurde zurückgezogen. Es handelt sich nicht um ein taktisches Verzögerungsmanöver. Es ist zum Schutz der Meinungsbildung des Stadtrates. Er bittet den Stadtrat um Zustimmung zu der Verlängerung.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, wünscht, dass Gemeinderat Schertenleib die Veränderungen der Gegebenheiten verdeutlicht inklusive Namensnennung der entsprechenden Eigentümerschaften. Es ist zu wenig klar, inwiefern sich die Gegebenheiten betreffend Strecke Bahnhof-Selve verändert haben.

Gemeinderat Reto Schertenleib erläutert, dass betreffend «Buchholzstrasse-Adlerstrasse-Burgerstrasse-General-Wille-Strasse» die Eigentümerin Armasuisse betroffen ist. Sie hat aus strategischen Gründen beschlossen, das Land nicht zur Verfügung zu stellen für den geplanten Radweg. Bei der «Netzergänzung Bahnhof-Selve-Schwäbis» handelt es sich um die künftige Besitzerin, die BLS AG. Demnächst wird das Bahnhofareal von der SBB an die BLS übergehen. Bis jetzt wurde mit der SBB verhandelt. Schon dies war schwierig. Die BLS AG als nun offensichtlich nicht minderschwierige Partnerin hat nun beschlossen, dass bis auf weiteres keine Abparzellierungen vorgenommen werden.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, führt aus, dass die SAKO in der Zwischenzeit nicht mehr tagte. Die beiden genannten Routen sind im GVK 2035 als Velohaupttrouten aufgeführt. Es ist egal, wie diese realisiert werden. Sie müssen nicht über die beiden genannten Grundstücke führen. Dies ist nicht die Aufgabe des Stadtrates, sondern des Gemeinderates. Seit 2019 hatte der Gemeinderat Zeit, damals wurden die beiden Strecken im Agglomerationsprogramm 1. Generation aufgenommen. Es ist nicht die Veloinitiative, sondern die Finanzierung von Bund und Kanton, die den Gemeinderat in Bedrängnis bringen. Diese laufen 2027 ab. Der Gemeinderat soll sich nicht gegen die Initiative wehren, sondern sein Netzwerk nutzen. Er ist überzeugt, dass der Gemeinderat über ein gutes Netzwerk verfügt, vielleicht einfach nicht Gemeinderat Schertenleib. Die Fraktion ist gegen die Tischvorlage. Die Gründe sind nicht schlüssig.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erörtert, dass bei der Einreichung der Veloinitiative bewusst keine Strassenpositionen genannt worden sind. Das ganze städtische Gebiet wurde als Umsetzungsmöglichkeit genannt. In Bezug auf die gewünschte Verschiebung wegen gewissen neu aufgetauchten Problemen bei gewissen Projekten muss man sich bewusst sein, dass bei der Umsetzung der Veloinitiative bewusst eine Frist von 10 Jahren gesetzt worden ist. Es ist politisch unschön, dass nun nach der langen Vorbereitungszeit seit Einreichung der Initiative eine Verschiebung notwendig wird. Die erwähnten Bedenken stellen hierfür keine ausreichende Begründung dar. Der Gemeinderat wird die Initiative nicht noch mehr ablehnen können, als er dies jetzt schon tut. Die Fraktion lehnt das Gesuch um Verschiebung grossmehrheitlich ab.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass die Initiative dem Gemeinderat seit neun Monaten vorliegt. Sie fordert ein 25 km langes Netz, das nicht nur die Quartiere mit dem Zentrum, sondern auch die Quartiere untereinander verbindet. Nach Möglichkeit sollen die Wege getrennt von den Wegen für die übrigen Verkehrsteilnehmern geführt werden. Selbstverständlich wären die beiden genannten Strecken als Teil dieses Netzes zu verstehen. Bis jetzt hat sie die Hoffnung nicht aufgegeben, dass dies zu Stande kommt. Die neusten Entwicklungen sind unschön. Die Herausforderungen sind aber nicht neu. Es sind Dritte involviert und es muss Land erworben werden. Bis heute wollte der Gemeinderat die Initiative ablehnen. Jetzt einen Tag vor der Abstimmung, und dies bei einem Milizparlament, möchte er das Traktandum auf Mai verschieben. Will er es im Mai noch mehr ablehnen oder denkt er, dass man im Mai mehr weiss? Wir werden nicht mehr wissen im Mai. Es werden 25 km Velowege gefordert. Wenn die genannten Strecken nicht Teil davon sind, muss man nach Alternativen suchen. Das Gesamtverkehrskonzept gibt mehr als 25 km vor. Es ist kein Grund, das Traktandum um 1.5 Monate zu verschieben. Fakt ist, dass es der Gemeinderat verpasst hat, einen Gegenvorschlag einzureichen. Der Gemeinderat muss sowieso handeln. Die Gemeinde muss beim Veloweggesetz mitarbeiten. Auch betreffend Agglomerationsprogramm muss gehandelt werden, sonst verfallen die Gelder. Das Gesamtverkehrskonzept muss bis 2035 umgesetzt werden. Die Initiative kann man auch als Chance sehen, damit man bei den Verhandlungspartnern mehr Druck ausüben kann. Die Fraktion ist der Auffassung, dass das Netz umgesetzt werden kann. Sie bittet, den Antrag um Fristverlängerung abzulehnen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, nimmt vorweg, dass die Fraktion der Fristverlängerung nicht zustimmt. Wenn dies in einem Monat behandelt wird, werden nicht mehr Informationen vorliegen. Die Stossrichtung der Initiative wird unterstützt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet, dass es so klingt, als wäre unser Gemeinderat schuld. Die entsprechenden Schreiben sind nicht vom Gemeinderat. Es sind entscheidende Schreiben, die eingegangen sind. Über Jahre wurde geplant und man hatte auf dem Papier einen Plan für die Verbindung. Die Fristverlängerung ist ein Schutz für uns Stadträtinnen und Stadträte, damit wir besser wissen, worüber wir abstimmen. Er traut dem Gemeinderat zu, dass er dann detailliertere Informationen über das weitere Vorgehen geben kann. Es gab bisher nicht einmal eine Diskussionsbasis der Unterstützenden der Initiative für einen Gegenvorschlag. Mit der Initiative werden keine Probleme gelöst. Die Fraktion stimmt für die Fristverlängerung.

Gemeinderat Reto Schertenleib betont, dass der Rückzug im Interesse des Stadtrates ist. Er teilt Stadtrat Christen mit, dass er den Generalsekretär des UVEK persönlich kennt. Wenn der Stadtrat nicht umfassend informiert werden will und anhand von unvollständigen Unterlagen ein Geschäft beschliessen will, kann er dies tun. Der Gemeinderat kann die Initiative nicht noch mehr ablehnen. Die Fristverlängerung wurde wegen der Informationspflicht des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat gestellt. Der Gemeinderat hat bewusst auf einen Gegenvorschlag verzichtet.

Der Rat genehmigt mit 31 : 9 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 25 Absatz 3 Stadtverfassung beschliesst:

Die Fristverlängerung wird abgelehnt.

32. Gemeindeinitiative «Sichere Velorouten für Thun» (Thuner Velo-Initiative)

Behandlung der Initiative auf Antrag des Stadtrats

Der Stadtratspräsident bittet Stadtrat Hiltpold, auszuführen, über was nun diskutiert und abgestimmt werden soll.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, will über das vorliegende Sachgeschäft abstimmen. Die Unterlagen liegen vor und der Stadtrat und der Gemeinderat haben sich vorbereitet. Nun gibt es zwei zusätzliche Schreiben, die ihm als nicht-SAKO-Mitglied nicht vorliegen. Die Grundlagen sind aber publiziert worden und sind zugänglich.

Gemeinderat Reto Schertenleib führt aus, dass es kein Geschäft gibt, da der Gemeinderat das Geschäft zurückgezogen hat. Es gibt keinen gemeinderätlichen Antrag.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, beantragt einen Sitzungsunterbruch für den Gemeinderat, damit er dies diskutieren kann. Der Rückzug ist extrem feige und gehört sich nicht.

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch grossmehrheitlich.

Die Sitzung wird für zehn Minuten unterbrochen.

Der Stadtratspräsident bittet um Anstand, auch wenn der Gemeinderat angesprochen wird.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt aufgrund des fehlenden Antrags durch den Gemeinderat und auf vielseitigen Wunsch durch den Stadtrat folgenden Antrag:

1. Die Gemeindeinitiative «Sichere Velorouten für Thun (Thuner Velo-Initiative)» wird angenommen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, stellt den Antrag auf Ablehnung des Antrags von Stadtrat Hiltbold.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, anerkennt die Beliebtheit des Velos in Thun. In der Vergangenheit wurde viel für den motorisierten Individualverkehr gemacht. Nun soll für das Velo ein Zeichen gesetzt werden. Aus der Antwort des Gemeinderates geht hervor, dass es viele Projekte gibt, die schon längstens hätten umgesetzt werden können. Der Gemeinderat hat zu wenig Gespür für die Wichtigkeit dieses Anliegens. Es ist enttäuschend, dass der Gemeinderat keinen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Die Fraktion befürwortet die Initiative. Die Umsetzbarkeit wird aber teilweise auch in Frage gestellt. Die Initiative soll nicht zu Konkurrenzdenken führen zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern. Die Fraktion fordert deshalb eine Umsetzung mit Augenmass. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates nicht und nimmt die Veloinitiative grossmehrheitlich an.

Gemeinderat Reto Schertenleib bleibt dabei, dass es vom Gemeinderat keinen Antrag gibt. Der Bericht ist nicht vollständig. Für den Gemeinderat ist es merkwürdig. Im vorherigen Geschäft wurde der Gemeinderat für die umfangreichen Unterlagen gelobt. Hier will der Gemeinderat dies auch machen und nun wird er hierfür gerügt. Er wird sich inhaltlich nicht äussern. Es gibt kein Geschäft vom Gemeinderat, da er es zurückgezogen hat. Stadtrat Hiltbold teilt er mit, dass es richtig ist, dass die zwei Schreiben nur den Mitgliedern der SAKO B + L bekannt sind. Aufgrund des Kommissionsgeheimnisses können diese nicht dem Gesamtstadtrat zur Verfügung gestellt werden. Ein Anliegen des Gemeinderates ist, dass man ihn kritisieren kann aber nicht die Mitarbeitenden der Stadt. Es gibt unzählige Velomassnahmen. Man soll den Mitarbeitenden nicht vorwerfen, dass sie mangelnden Willen hätten. Dies wäre nicht gerecht gegenüber den Mitarbeitenden, die sich tagtäglich mit den Velowegen beschäftigen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, führt aus, dass die Initiative vor zwei Jahren entstanden ist. Über den Inhalt wurde lange diskutiert. Es wurden über 1'800 Unterschriften in kurzer Zeit gesammelt. Es war spannend, mit der Bevölkerung zu sprechen. Mobilität bewegt. Es ist wichtig, dass etwas geht. Im Grundsatz besteht keine grosse Differenz zwischen der Ansicht des Gemeinderates und derjenigen der Fraktion. Die angestrebten Ziele der Initiative werden vom Gemeinderat getragen. Die Initiative brauchte es, weil es in einem anderen Tempo vorwärts gehen muss als bisher. Sie ist verwundert, dass kein Gegenvorschlag gestellt worden ist. Wenn man das Gesamtverkehrskonzept ansieht, liegt ein grosser Teil der Planung bereits vor. Im Bericht wird gewarnt, dass die Veloführung zu starr sei. Auf ihre Frage, welche weiteren Führungsarten es gibt, hat sie keine Antwort erhalten. Die Initiative ist entstanden aufgrund des Gegenvorschlages aus der Luzerner Verwaltung. Der Zeithorizont scheint das grösste Problem zu sein. Er ist ambitioniert, aber realistisch. Der Gemeinderat muss nicht von vorne beginnen. Es wurde gewarnt, dass andere Projekte zurückgestellt werden müssten, auch Veloprojekte. Das ist nicht in ihrem Sinne. Wenn man ein Netz sanieren will, braucht es nicht nur Strecken, sondern auch punktuelle Massnahmen wie Kreisel oder Brücken. Es braucht auch zusätzliche Veloabstellplätze. Es geht um Prioritäten. Es ist unklar, welche Projekte von AP4 zurückgestellt werden müssten. Die Fraktion hat immer wieder signalisiert, dass man eine pragmatische Lösung anstrebt. Es ist ihr bewusst, dass ein grosser Anteil der Strecke nicht getrennt vom MIV geführt werden können wird. Es wird gefordert, dass der Gemeinderat vorwärts macht, wie es das Mobilitätskonzept und das Agglomerationsprogramm vorsehen. Es wird bemängelt, dass das Velo einseitig bevorzugt werden soll. Das Velo wurde Jahrzehnte vernachlässigt. Der Modalsplit AT5 zeigt, dass der Trend des Velofahrens in Thun negativ ist im Gegensatz zu allen anderen Schweizer Städten. Die Stadt ist verpflichtet, ein Netz zu schaffen, das diesem Trend entgegenwirkt. Artikel 12 des Mobilitätsreglements sagt, dass der Mehrverkehr über Fuss-, Velo und öffentlichen Verkehr abgewickelt werden muss. Die Stadt ist also verpflichtet, Lösungen zu bieten. Wir wollen ein Zeichen setzen für den Veloverkehr. Dies stimmt mit allen übergeordneten Planungsinstrumenten überein. Sie bittet um Unterstützung.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erläutert, dass das Bedürfnis nach einem Ausbau des Velonetzes nicht erst seit gestern spürbar ist. Diverse Massnahmen sind im Gesamtverkehrskonzept vorgesehen. Bereits 2021 wurde in einer Interpellation eine zeitnahe Umsetzung gefordert und der Unmut geäussert, dass dem Veloverkehr nicht die notwendige Priorität gewidmet wird. Während dem Sammeln der Unterschriften für die Thuner Veloinitiative wurde schnell klar, dass diese Wahrnehmung derjenigen der Thunerinnen und Thunern entspricht. Dieser Wahrnehmung soll nun Rechnung getragen werden und verpflichtend im Mobilitätsreglement so festgehalten werden. Dies soll auch dem Gemeinderat Rückenwind geben für die Flächenbeschaffung. Dass der Zeithorizont der Initiative umsetzbar ist, zeigt auch die Übersicht im gemeinderätlichen Bericht über die bereits ausgeführten und geplanten Massnahmen. Mehr als 23 km Strecken werden aufgeführt mit einer Umsetzung bis 2036. Die Initiative mit 25 km in 10 Jahren weicht davon nicht gross ab. Die Fraktion unterstützt den Antrag von Stadtrat Hiltbold.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, bittet den Gemeinderat zu berücksichtigen, dass es ein Milizparlament ist. Die Stadträtinnen und Stadträte haben nicht Zeit, die Eingabe am Abend vorher noch zu studieren. Es ist ihm fern, die Mitarbeitenden zu kritisieren. Dies muss nicht jedes Mal betont werden. Die Mitarbeitenden machen einen tollen Job. Es liegt am fehlenden politischen Willen. Die Initiative ist moderat und schießt nicht über das Ziel hinaus. Er entschuldigt sich für seinen Ausdruck in seiner letzten Aussage. Die Abstimmung für die Veloinitiative ist breit. Sie kommt von allen Velofahrerinnen und -fahrer, die mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sind. Ein weiteres deutliches Zeichen, dass der Gemeinderat nicht auf dem richtigen Weg ist, zeigt auch der Modalsplit. In der Schweiz stieg der Veloanteil um 1.1%. In Thun sank er um 1.1%. Seit 2005 ist der Anteil gesunken. Die Stadt Thun ist geeignet für den Veloverkehr. Es wurde bis jetzt nur die Öffnung der Uttigenstrasse umgesetzt. Alle anderen Strecken wurden noch nicht umgesetzt. Die Fraktion steht hinter dem Antrag von Stadtrat Hiltbold.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist auch der Meinung, dass man für den Veloverkehr etwas machen muss. Es ist auch viel geplant. Das GVK spricht hierfür Bände. Wenn der Initiativtext steht und angenommen wird, kann man diesen nicht mehr mit Augenmass durchsetzen. Dort nützt das Augenmass nichts und es gibt kein Auslegungsermessen mehr. Es ist nicht zielführend, Aufträge zu erteilen, wenn die Chance auf Umsetzung nicht gross ist in einer kurzen Frist. Zehn Jahre für solche Übungen sind mehr als nur knapp.

Der Rat genehmigt mit 27 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 25 Stadtverfassung beschliesst:

1. Die Gemeindeinitiative «Sichere Velorouten für Thun (Thuner Velo-Initiative)» wird angenommen und somit wird Artikel 8 Absatz 3 (neu) des Reglements über eine nachhaltige städtische Mobilität genehmigt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident unterbricht die Sitzung für 30 Minuten.

33. Sanierung und Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld, Durchführung der Planung und Projektierung

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 2'151'000 Franken für die Planung und Projektierung

Gemeinderat Reto Schertenleib erläutert, dass der Handlungsbedarf ausgewiesen und unbestritten ist. Es ist ein altes, denkmalgeschütztes und sanierungsbedürftiges Haus. Es gibt Bedarf an mehr Schulraum. Die Turnhalle ist viel zu klein. Es geht heute um den Planungs- und Projektierungskredit. Die geschätzten Realisierungskosten sind hoch. Dies ist für Thun eine neue Hausnummer. Heute soll man sich darauf konzentrieren, in welchem Stadium man sich befindet. Es wurde eine Machbarkeitsstudie gemacht und ein Architekturprojekt. Die Kosten können zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer als auf plus minus 25% eingeschränkt werden.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, führt aus, dass der Sanierungsbedarf von dieser teilweise 100-jährigen Baute seit langem bekannt ist. Das Schulhaus entspricht nicht den heutigen Anforderungen. Beispielsweise waren die Duschen lange nicht geschlechtergetrennt.

vor wenigen Jahren wurde eine Trennwand eingebaut. Der Sanierungsbedarf ist hoch. Deshalb gehört es zu den fünf wichtigsten Schulbauprojekten der Stadt Thun. Energetisch ist der Bau ungenügend und weist deshalb einen hohen Energieverbrauch auf. Der Komfort ist durch Luftzug und Kälte eingeschränkt. In der Dusche hat es Schimmel, womit die Gesundheit gefährdet ist. Die Behindertentauglichkeit ist nicht gegeben. Die Lebensdauer vieler Bauteile wie Fenster, Türen, Leitungen und Hartbeläge ist abgelaufen. Der Unterhalt ist teuer. Auch Sicherheitsrisiken gibt es wegen Absturzgefahren. Hätte man 2007 eine Teilsanierung gemacht, wären die Kosten nun tiefer. Der Sanierungsbedarf wurde nicht angegangen und er wurde aufgestaut. Deshalb ist der Betrag nun sehr hoch. Es fehlen Räume für zusätzliche vier Klassen wegen zusätzlichen Kindern. Auch für den Sport reicht die Anlage nicht aus. Ebenfalls müssen die Aussenanlagen aufgewertet und saniert werden. Der zu genehmigende Verpflichtungskredit von 2'151'000 Franken ist die logische Folge aus dem Architekturwettbewerb. Die nächste zu bewilligende Planungsphase ist die, die man nun auslösen muss. Ziel ist, dass man das Projekt 2026 den Stimmbürgern zur Abstimmung vorlegen kann. Die Kosten sind hoch. Die SAKO B + L ist aber nicht das richtige Gefäss, um darüber zu befinden. Die Provisorien sollen im Lerchenfeld oder beim Gymnasium Seefeld erstellt werden. Eine Mischlösung macht keinen Sinn. Die SAKO hat dem Projektierungskredit bei einer Abwesenheit einstimmig zugestimmt.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, erörtert, das ihm als erstes aufgefallen ist, dass der Ausführungskredit über 50 Mio. Franken betragen soll. Dazu stand noch plus minus 25%. Da landet man bei 37 bis 62 Mio. Franken. Aber wir stimmen heute nicht über den Ausführungskredit ab. Heute geht es um 2 Mio. Franken. Die Gründe für die hohen Kosten liegen auch in der Politik, bei der Stadt oder auch dem Kanton. Der Gemeinderat hat im Jahr 2018 entschieden, dass Thuner Schulhäuser bei Gesamtsanierungen Basistufenklassentauglich sein müssen. Dies hat Konsequenzen. Es braucht mehr Raum, was mehr kostet. Zusätzlich hat man ein Konzept für Sport- und Bewegungsräume. Man braucht nun eine Doppelsporthalle. Dies bietet für die Schüler und die Sportler bessere Möglichkeiten. Es wird zudem geprüft, ob ein neuer Schutzraum gebaut werden soll. Gut ist, dass dieser nur umgesetzt wird, wenn es sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist. Zudem müssen Schulanlagen der Gebäudestrategie 2021 der Stadt Thun entsprechen. Weiter müssen die Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz erfüllt werden. Zuletzt ist auch der Lernplan 21 einzuhalten. Das Bedürfnis der Sanierung besteht. Die Sanierung wurde herausgeschoben. Die Anforderungen haben wir uns selbst gesetzt oder wurden durch Dritte definiert. Deshalb gibt es kein grosses Einsparpotential. Es ist klar, dass während einer Bauphase eine Alternative benötigt wird. Die voraussichtlichen Ausführungskosten sind nicht genauer bezifferbar. Dies ist bedauerlich, aber es ist nicht anders möglich. Nicht klar ist, wann der richtige Zeitpunkt ist, auf ein Ausführungsprojekt richtig eingreifen zu können. Das Siegerprojekt überzeugt und entspricht allen gesetzlichen Vorgaben. Das Projekt muss vorangetrieben werden, damit man den Zeitplan einhalten kann. Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist damit einig, dass die Sanierung und Erweiterung notwendig sind und eine gewisse Dringlichkeit aufweisen. Es wird begrüsst, dass die Nachhaltigkeitskriterien einen hohen Stellenwert einnehmen. Sie ist sich bewusst, dass die denkmalpflegerischen Vorgaben und die angestrebten Standards ihren Preis haben. Im Resultat handelt es sich um ein überzeugendes Projekt in einem angemessenen Rahmen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, ist erfreut, dass die Schulhaussanierungen endlich Fahrt aufnehmen. Eindrücklich sieht man im Lerchenfeld, wie die Stadt wächst. Das Schulhaus ist nun viel zu klein. Auch wenn die Summe hoch erscheinen mag, glaubt die Fraktion, dass es ein gutes Gebäude für eine gute Bildung ist. Aktuell ist man im Stadium einer Kostenschätzung. Sie legt Wert darauf, dass der versprochene goldene Standard nach SNBS auch eingehalten wird. Die Fraktion interessiert, von wo das Holz kommt und was für einen Wärmeschutz es geben wird. Dem Projektierungskredit stimmt die Fraktion einstimmig zu.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist grundsätzlich für das Geschäft. Die Fraktion anerkennt die Sanierungsbedürftigkeit. Nicht klar ist, wie das Ganze finanziert werden soll, wenn die Kosten so hoch sein sollen. Sie anerkennt, dass dafür zuerst der Kredit gesprochen werden muss. Es ist mühsam, dass es nun zu früh ist, um die Kosten zu besprechen und danach wird es zu spät sein. Die Fraktion verlangt eine Deckelung bei höchstens 50 Mio. Franken. Sie erwarten die Bereitschaft des Bestellers für substantielle Abstriche. Nur die Must-haves sollen realisiert werden. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, findet es gut, dass man die Sanierung und Erweiterung in Angriff nimmt. Die Fraktion stimmt dem Projektierungskredit zu. Es ist unklar, wieso nicht der SNBS-Standard Platin angestrebt wird. Es würde begrüsst werden, wenn man das Gebäude nach den SNBS-Standards zertifizieren lassen würde.

Matthias Zellweger (Parteilos) teilt mit, dass er der Vorlage zustimmen wird. Öffentliche Bauten werden immer teurer. Die Beherrschung der Kosten wird immer schwieriger. Eine öffentliche Hand baut ausserhalb der Standards. Schulhausbauten sind nicht schwierig. Die Erwartungen sind aber sehr fordernd. Wir werden es immer wieder erleben, dass man Kosten nicht beeinflussen kann. Wenn man auf die Kosten noch Einfluss nehmen kann, muss man dies tun. Man muss früher mehr wissen wollen, sonst ist es ein Blindflug. Bevor man sich erschreckt, muss eine gesicherte Gesamtgrösse vorliegen. Der Einfluss als Stadtrat ist praktisch null. Stadtrat Zellweger erklärt dem Stadtrat die Phasen nach den SIA-Standards. In der ersten Phase gibt es den Wettbewerb. Die Architekten wollen sich in bestem Licht zeigen. Es gibt ein Richtprojekt. Danach kommt Phase 31, das Vorprojekt. Die Projekte treffen auf die Realität und die einzuhaltenden Richtlinien. Dort kann man nun echt darauf Einfluss nehmen. Danach geht es in Phase 32, die Baubewilligungs- respektive Bauprojektphase. Es geht um die treuedetaillierte Umsetzung. Danach folgt die Phase 33, die Bauumsetzungsphase. Der Auftrag des Stadtrats ist, dass man Einfluss nehmen muss. Er fordert diese Einflussmöglichkeit ein. Heute soll der Antrag ohne Änderungen angenommen werden. Der Stadtrat muss zwischen Phase 31 und 32 eine Beurteilung vornehmen können. Der Stadtrat will früher mehr wissen und Einfluss nehmen können. Gefordert wird, dass man Teilleistungsschritte aus der Phase 32 und 41 in das Vorprojekt, die Phase 31, nimmt. Dann soll über die Kosten gesprochen werden. Er will einen einfachen Antrag stellen, der das Projekt zeitlich auch nicht unterbricht. Er beantragt, dass sich der Gemeinderat verpflichtet, mit Abschluss der SIA-Phase 31, die Sanierung und Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld im Stadtrat zur Abstimmung zu bringen.

Mathias Berger (SVP) führt in seiner Funktion als Schulkommissionspräsident aus, dass man hier ein Zeichen setzen soll, dass man mit der Zustimmung in die Zukunft der Kinder investiert und auch ein Zeichen an die Lehrerinnen und Lehrer geben, dass sie alle einen angemessenen Schulraum erhalten. Dem Kredit soll zugestimmt werden.

Peter Aegerter (SVP) erörtert, dass die SIA-Phasen genau umgrenzt sind. Es geht um viel Geld. Es ist nun der falsche Zeitpunkt, um über die Höhe zu reden. Entgegen Stadtrat Zellweger würde er keinen Antrag stellen. Als Gegenvorschlag schlägt er vor, die SAKO zu stärken. Nach Abschluss der Phase 31 soll die zuständige SAKO, hier B + L, über das Geschäft beraten können. Dann ist der Zeitpunkt, dass aus dieser SAKO politische Möglichkeiten entspringen können. Der Faktor des Provisoriumstandortes ist zu diesem Zeitpunkt völlig irrelevant.

Matthias Zellweger (Parteilos) sieht die Intention von Stadtrat Aegerter. Er kritisiert aber die Fachintelligenz von dieser SAKO. Er weiss nicht, wie sie einen Impact haben soll auf ein Geschäft dieser Grösse. Der Stadtrat muss die Legitimität erhalten, dass er darüber beschliessen kann.

Franz Schori (SP) ist gerne bereit, sich dieser Diskussion zu stellen. Es geht aber jetzt um ein Sachgeschäft und nicht um prozessuale Geschichten. Dies gehört in einen separaten Vorstoss. Heute soll nur über das Sachgeschäft abgestimmt werden.

Matthias Zellweger (Parteilos) fühlt sich missverstanden. Wir sprechen nur über das vorliegende Geschäft. Der Stadtrat soll seine Kompetenzen einfordern. Das Geschäft soll nicht einfach durchgewinkt werden, auch wenn er überzeugt ist, dass es gut kommen wird.

Peter Aegerter (SVP) ist grundsätzlich bei Stadtrat Zellweger. Es geht aber um einen fahrenden Tanker, bei welchem man nicht einfach schnell die Richtung ändern kann. Es wäre falsch, einen neuen Zwischenschritt einzubauen.

Matthias Zellweger (Parteilos) führt aus, dass am Projekt nichts geändert werden soll. Wenn man jetzt nicht eingreift, so kann man nicht mehr darüber befinden.

Thomas Hiltbold (Grüne) hat Mühe mit der Lernstunde von Stadtrat Zellweger. Im Stadtrat hat man es mit Laien zu tun, aber auch betreffend Kommunikation. Es ist eine Zumutung, wenn man als Letzter spricht und dann alles über den Haufen werfen will. Zu einer adäquaten Kommunikation gehört, dass man im Vorfeld auf einen zukommt. Wenn es um eine Grundsatzfrage geht, wie man das Verfahren gestalten will, kann man dies nicht bei diesem Geschäft beschliessen. In dem Fall muss ein Vorstoss eingereicht werden. Danach kann man eine Diskussion führen, die auf Fakten beruht. Er will sicherstellen, dass es im Lerchenfeld weitergeht und will keine Experimente machen.

Angelika Zimmermann (Die Mitte) führt aus, dass man es beim privaten Bauen auch so macht. Wenn man jetzt ja sagt, dann hat man die Kosten gesprochen und man kann nicht mehr auf die Kosten Einfluss nehmen.

Roman Gugger (Grüne) erläutert, dass es eine Kostenkontrolle durch die Verwaltung und eine Kompetenzordnung gibt. Er wird den Antrag von Stadtrat Zellweger sicher nicht unterstützen.

Marc Fritschi (Parteilos) schlägt vor, dass man heute über das Geschäft abstimmt und dass der Antrag von Stadtrat Zellweger in ein Postulat umformuliert wird.

Matthias Zellweger (Parteilos) will über den Antrag abstimmen. Er behält sich vor, sein Anliegen bei einer Ablehnung als Postulat einzureichen.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die gute Aufnahme. Er rät davon ab, den Antrag von Stadtrat Zellweger anzunehmen. Es gibt eine Kompetenzordnung. Die Folgen dieses Antrages können zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden. Er versteht, dass ein gewisses Unbehagen besteht. Es ist ein Anliegen, die SAKO's zu involvieren, wenn sich die Zahlen schärfen. Was der Antrag Zellweger bedeuten wird,

kann nicht abgeschätzt werden. Es ist möglich, dass er aufgrund der Kompetenzordnung oder anderer rechtlicher Grundlagen gar nicht zulässig ist.

Der Rat lehnt den Antrag von Stadtrat Zellweger mit 22 : 13 Stimmen bei vier Enthaltungen ab.

Der Rat beschliesst einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 28. Februar 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 2'151'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5040.007 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Durchführung der Phase Planung und Projektierung für die Sanierung und die Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

34. Postulat P 18/2023 betreffend Veloabstellplätze für alle

Natalie Althaus (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne und SP-Fraktion vom 26. Oktober 2023; Beantwortung

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, ist der Ansicht, dass das Velo gefördert werden soll. Dies sieht man bei der eben angenommenen Initiative aber auch bei aktuellen Bauprojekten mit verschiedenen Abstellplätzen. Beim Projekt Freistadt sind beispielsweise Abstellplätze für Cargo-Bikes und Velos mit Anhängern geplant. Diese Velos müssen dann auch in der Stadt abgestellt werden können. Das Postulat zielt nicht darauf ab, mehr Veloparkplätze zu haben, sondern zusätzlich spezifizierte Veloabstellplätze. In der Innenstadt hat es kaum Abstellmöglichkeiten für überlange Velos. Es ist ein Ziel der Stadt, dass mehr Leute das Velo benutzen. Wenn mehr attraktive Plätze für solche Velos geschaffen werden, desto mehr Leute kommen mit dem Velo in die Stadt. Auch Parkplätze für Velos ohne Ständer oder mit Absicherungsmöglichkeiten werden gefordert. Beim motorisierten Verkehr ist das normal, dass es spezielle Parkplätze gibt, beispielsweise für Cars oder Taxis. Gemäss Bericht kann man keine speziellen Veloabstellplätze im Bälliz realisieren. Jedoch in der Oberen Hauptgasse oder hier beim Rathaus wären auch Bügel möglich. Es fehlt am politischen Willen. Es geht um die Attraktivierung der Stadt. Die Fraktion sagt ja zu dem Postulat.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, führt aus, dass Cargo-Bikes im Trend sind. Vor grossen Einkaufszentren werden solche Parkplätze gebaut, nicht jedoch in der Stadt. Dies muss geändert werden, auch wenn man es vielleicht nicht direkt im Bälliz machen kann. Die Fraktion folgt dem Antrag auf Annahme und Abschreibung.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist der Meinung, dass durchaus mehr Plätze umsetzbar sind. Der Platzbedarf hat massiv zugenommen. Bikes und Spezialbikes brauchen mehr Platz. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates, nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion das Postulat annehmen und nicht abschreiben wird.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, wird das Postulat annehmen und abschreiben. Heute sind sämtliche Ansprüche von Velofahrerinnen und -fahrern zu erfüllen. Die Stadt stellt viele Abstellplätze zur Verfügung. Die Nutzung lässt zu wünschen übrig, weil sonst einige Meter zu Fuss zurückgelegt werden müssten.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, entgegnet, dass sehr viele Velofahrerinnen und -fahrer sehr gut die Velos an den Abstellplätzen abstellen. Bei Marktständen oder im hinteren Bereich des Bälliz, wo es nicht viele Abstellmöglichkeiten gibt, gibt es Ausnahmen. Velos ohne Ständer können nicht an den normalen Plätzen abgestellt werden. Es ist nicht zu viel verlangt, speziell ausgewiesene Plätze für Cargo-Bikes anzubieten. Wenn man das Postulat nicht abschreibt, würde schneller Einsicht in die Verwaltung und den Gemeinderat kommen. Sie stellt den Antrag auf Annehmen und nicht Abschreiben.

Gemeinderat Reto Schertenleib ist nicht ungewillt. In der Realität werden Cargo-Bikes dort abgestellt, wo man einkauft. Wenn man Parkplätze dafür ausscheidet, werden die Velos weiterhin vor den Geschäften abgestellt. Der Gemeinderat will den öffentlichen Raum nicht mit Bügeln zustellen, weil er den Raum für alle zugänglich halten will. Auch bei Anlässen wären die Bügel ein Hindernis.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 38 : 1 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 21 : 17 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

35. Postulat P 21/2023 betreffend Aktiv über die Einbürgerung informieren

Marianna Oesch Bartlome (SP), SP-Fraktion, Fraktion Grüne vom 15. Dezember 2023; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmänn nimmt den Begriff der Dienstleisterin ernst. Bei der Einbürgerung ist es so, dass die betroffenen Personen nur ein kleines Interesse benötigen und dann alle Informationen erhalten, die sie benötigen. Sie können anrufen, vorbeikommen oder auch zu einem Gespräch mit der stellvertretenden Leiterin vorbeikommen. Damit wird ein Service geboten, der massgeschneidert ist. Nicht-Schweizerinnen und -Schweizer sind in der Regel gut informiert. Ein generelles Informationsschreiben wird nicht empfohlen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat die Ablehnung. Es liegt an den genannten Gründen und nicht an fehlendem politischem Willen.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, ist nicht glücklich über die Antwort des Gemeinderates. Die Menschen, die von einer individuellen Beratung Gebrauch gemacht haben, sind sehr zufrieden. Es geht aber um ein Schreiben an Personen, die einen C-Ausweis haben und genügend lange in der Schweiz und in Thun sind. Es geht um unerschwerliche Information mit einem QR-Code, wo sie zusätzliche Informationen erhalten können. Dies würde auch gut zu zwei Legislaturzielen passen. Die Zusammengehörigkeit zu stärken ist in der heutigen Weltlage sehr wichtig. Die Fraktion stellt den Antrag auf Annahme.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass die Fraktion keine einheitliche Haltung hat. Die Mehrheit findet das aktuelle Prozedere gut und findet, dass kein Handlungsbedarf besteht. Die entsprechenden Personen müssen von sich aus aktiv werden. Eine Minderheit kann sich vorstellen, dass geprüft werden soll, ob ein solches Schreiben versendet werden könnte. Mit kleinem Aufwand könnte man so eine schöne Geste machen. Die Mehrheit der Fraktion wird das Postulat ablehnen. Eine Minderheit wird es annehmen oder sich enthalten.

Daniela Huber Notter, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass die meisten einbürgerungswilligen Personen gut informiert sind. Die Leiterin der Einwohnerdienste informiert über die Anforderungen einer Einbürgerung. Aus Sicht der Fraktion würde mit einer Schriftlichkeit ein falsches Zeichen gesetzt werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass die Fraktion das Postulat grossmehrheitlich annehmen wird. Das Schreiben ist eine gute Sache. Die Erstellung des Schreibens wäre ein tolles Lehrprojekt.

Leonardo Schlatter, **SVP-Fraktion**, findet, dass die Stadt Thun ihre Aufgabe gut wahrnimmt. Sie macht mehr als sie müsste. Die Personen werden nicht nur informiert, sondern individuell beraten. Dies ist eine Dienstleistung, die nicht in jeder Gemeinde angeboten wird, aber sich bewährt hat. Die Stadt hat gute Arbeit geleistet. Zusätzlich Aufgaben sollen nicht die Arbeit der Stadt erschweren.

Gemeinderätin Eveline Salzmann führt aus, dass für die Beurteilung der Adressaten des Infoschreibens lediglich die Anwesenheitsdauer beurteilt werden kann. Andere Voraussetzungen wie beispielsweise keinen Strafregistereintrag können nicht beurteilt werden. Es könnten durch das Schreiben falsche Hoffnungen geschürt werden. Mit dem persönlichen Gespräch können gute Ergebnisse erzielt werden.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, will am Prozess nichts ändern. Es geht nicht um Massen, sondern um rund 4'000 Personen in Thun. Heute ist der internationale Tag zur Bekämpfung von Rassismus. Das Gefühl von Ausgeschlossenheit darf nicht sein. Inklusion ist das Rezept für Frieden. Das Schreiben könnte ein Zeichen für die Inklusion sein.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 : 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

36. Interpellation I 11/2023 betreffend Umgebungsgestaltung beim Restaurant Freienhof frei nach dem Motto «lieber eine asphaltierte Hitzeinsel als eine blühende Stadtoase»

Fraktion Grüne und Thomas Hiltbold (Grüne) vom 16. November 2023; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist von der Beantwortung nicht befriedigt.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, erklärt, dass der Bereich beim Freienhof «Zinggen» heisst, der vor langer Zeit als Garten umgestaltet wurde. Es tut ihm nicht gut, wenn er heute dort vorbeigeht. Er habe richtig den «Freienhof-Blues». Es ist mittlerweile eine Betonwüste mit Einstellhalleneinfahrt und Maschendrahtzaun. Es wurde ein wenig Rasen gepflanzt, der einen warmen Sommer wohl nicht überleben wird. Statt Bäume wurden nur Sträucher gepflanzt. Schatten steht keiner in Aussicht. Er will nicht Schuldzuweisungen machen. Auch er macht sich Vorwürfe, weil er nicht genauer hingeschaut hat. Er verstehe nicht, warum der Gemeinderat kein Rechtsmittel ergriffen hat, obwohl es aus der Verwaltung kritische Stimmen gab. Rechtlich sei alles gelaufen – leider. Aber man könnte nun zumindest noch etwas optimieren. Man hat Baumgruben gemacht. Es sollten Bäume gepflanzt werden. Er würde auch einen spenden. Man kann nur noch auf Goodwill hoffen. Er bittet den Stadtpräsidenten, mit Corrado Pardini das Gespräch zu suchen, um wenigstens schattenspende Bäume zu setzen. Er ist bereit einen oder auch zwei oder drei Bäume zu finanzieren. Danach würde er auch im Freienhof essen gehen. Aktuell könne er keinen Fuss in das Restaurant setzen.

Matthias Zellweger (Parteilos) ist mit Stadtrat Hiltbold einverstanden. Alle haben nicht hingeschaut. Man muss früher hinschauen und hinschauen können. Die Medien sollen helfen, auf die Eigentümerschaft einzuwirken. Wir hätten es besser machen können. Dort, wo die Bäume Platz für Wurzeln bräuchten, ist jetzt eine Einstellhalle mit Veloabstellplätzen. Er würde auch einen Baum spenden. Man muss nun Druck auf die Eigentümerschaft ausüben.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass der Platz seinen Charme verloren hat. Der Gemeinderat kann die Zuständigkeit von sich weisen. Eine Einflussnahme wäre dennoch möglich gewesen. Er hofft, dass die Natur sich Raum zurückerobern kann.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, geht die Kritik zu weit, weil die Verwaltung nicht zuständig ist. Er ist froh, dass der Investor so viel Geld in die Hand nimmt und in Thun investiert. Es ist nicht einleuchtend, wieso hier die Behörden nicht eingegriffen haben. Die zuständige Behörde ist das Regierungstadthalteramt. Alles, was schiefgehen kann, ist schief gegangen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist enttäuscht. Der Platz wurde zu einem Parkplatz. Eine Oase wurde zu einer Wüste. Die Schuld wird nun der Regierungstadthalterin zugewiesen. Als Stadt hat man weggeschaut. Die Verantwortung als Stadt wurde nicht wahrgenommen. Er ist sich nicht sicher, ob die vorgesehenen Baumgruben auch realisiert worden sind. Dies muss nach Abschluss des Baus geprüft werden. Man soll nicht Schuldzuweisungen machen. Er will wissen, was man machen kann, damit es anders wird. Es sollen möglichst gute Korrekturen vorgenommen werden.

Nicole Krenger, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet dies nicht den einzigen nicht idealen Platz. Es wird alles zugespästert. Alle Player sind daran beteiligt. Man könnte es besser machen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bemerkt, dass heute eine Gemeinderat-Bashing-Stunde ist. Dies entspricht ihm nicht. Der Gemeinderat hat nur eine beratende Funktion. Wenn sich die Leitbehörde darüber hinwegsetzt, kann man nicht dem Gemeinderat zusätzliche Aufgaben erteilen. Es wurden Fehler gemacht. Nun sollen alle dafür schuld sein.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hat sich einen versöhnlicheren Abschluss dieser Sitzung erhofft. Es waren viele Behörden beteiligt. Es hat so viele Projektänderungen gegeben, dass man nicht sagen kann, was der letzte Stand war. Schuldzuweisungen bringen nichts. Man muss vorwärtsschauen und nun eine Brücke bauen zum Abwesenden.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hat nicht den Gemeinderat gemeint. Wir haben alle unsere Aufgabe nicht wahrgenommen. Er hat kein Gemeinderat-Bashing gemacht.

Auf Nachfrage des **Stadtratspräsidenten**, wer denn nun alles einen Baum spenden würde, heben die Stadträte Thomas Hiltbold, Sandro Badertscher und Matthias Zellweger die Hand.

Der Stadtpräsident würdigt, dass ein Investor 30 Mio. Franken in ein denkmalgeschütztes Hotel in Thun investiert hat. Man hatte eine Baubewilligung. Viel war gut bei dem Projekt. Er hat sich mit Überzeugung für das Bauprojekt eingesetzt. Niemand im Gemeinderat hat die Aussengestaltung gerühmt. Der Bauinspektor respektive der Verfahrensleiter hat geschrieben, wir beantragen der Leitbehörde, das vorliegende Gesuch mit Ausnahme eines Teils der Umgebungsgestaltung zu bewilligen. Dies wurde noch unterstrichen und fett geschrieben. Es ist falsch, dass die Stadt nichts gemacht hat. Wir akzeptieren, dass die Baubewilligungsbehörde nicht zum gleichen Schluss kommt wie der Gemeinderat. Er schlägt vor, dass er mit dem Protokoll der Stadtratssitzung zu Corrado Pardini geht und ihm mitteilt, dass drei Stadträte einen Baum spenden würden.

37. Fragestunde F 06/2024 betreffend Munimäritplatz zum X-ten

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 29. Februar 2024; Beantwortung

Die Fragestunde F 06/2024 wird schriftlich beantwortet.

38. Fragestunde F 07/2024 betreffend tatsächliche Steuereinnahmen 2023

Marc Fritschi (Parteilos) vom 28. Februar 2024; Beantwortung

Die Fragestunde F 07/2024 wird schriftlich beantwortet.

39. Fragestunde F08/2024 betreffend Esaf 2028

Nina Siegenthaler (SP), SP-Fraktion vom 18. März 2024; Beantwortung

Die Fragestunde F 08/2024 wird schriftlich beantwortet.

40. Fragestunde F09/2024 betreffend geplante Steuersenkung

Martin Allemann (SP) vom 19. März; Beantwortung

Die Fragestunde F 09/2024 wird schriftlich beantwortet.

41. Dringliches Postulat P 07/2024 betreffend Spezialfinanzierung "Netto-Null 2050"

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, SP-Fraktion vom 21. März 2024; Dringlichkeitsbeschluss

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, begründet den Antrag auf dringliche Beratung langfristig damit, dass die Treibhausgase bis 2050 auf null reduziert werden müssen. Dafür müssen grosse Infrastrukturen gebaut werden. Es ist wichtig, jetzt schnell zu wissen, wie die Finanzierung sichergestellt werden kann. Mittelfristig werden die notwendigen Investitionen starke Auswirkungen auf den Finanzhaushalt haben. Dies muss für die Planung der Finanzierungen, auch bei Steuersenkungen, berücksichtigt werden. Kurzfristig ist eine Antwort des Gemeinderates auf die Integration des Ziels Netto-Null bis 20235 in der Stadtverwaltung hängig. Mit der dringlichen Behandlung des vorliegenden Postulats können beide Vorstösse gemeinsam in der Sitzung behandelt werden.

Der Stadtratspräsident empfiehlt die Annahme der Dringlichkeit nicht und erläutert, dass die objektive Dringlichkeit nicht vorliegt. Bei Annahme der Dringlichkeit würde das Geschäft in der Juni-Sitzung behandelt werden. Bis jetzt sind an dieser Sitzung 15 Geschäfte geplant. Teilweise sind dies wichtige Geschäfte. Der Nutzen, ob der Vorstoss ein paar Sitzungen früher oder später kommt, ist nicht ersichtlich. Es besteht das Risiko, dass die Prüfdichte weniger hoch sein wird.

Der Rat lehnt der Dringlichkeit mit 21 : 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Christoph Stalder informiert über einen Anlass am Mittwoch, 29. Mai 2024, 17.15 Uhr, im Stadtratssaal. Es findet eine Informationsveranstaltung «Prüfung Verkehrsversuch Teilaufhebung Einbahnregime» statt. Eine Einladung folgt.

Eingänge

- Postulat P 07/2024 betreffend Spezialfinanzierung "Netto-Null 2050"; Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion SP vom 21. März 2024
- Postulat P 08/2024 betreffend Prüfung der verstärkten Nutzung von See- und Grundwasser zur Wärmegewinnung in Thun bzw. Nutzung der gleichen Quellen zwecks Kühlungsmaßnahmen im

- Gemeindegebiet von Thun; Mark van Wijk (FDP), Alois Studerus (Die Mitte), Franz Schori (SP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion Grüne vom 21. März 2024
- Postulat P 09/2024 betreffend Vorprojekt Sanierung und Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld» mit Abschluss der SIA Phase 31 im Stadtrat zur Abstimmung bringen; Matthias Zellweger (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2024
- Interpellation I 02/2024 betreffend der Entfernung von Neophyten im Thuner Wald und den Thuner Gärten; Sonja Graf (SVP) vom 21. März 2024
- Interpellation I 03/2024 betreffend Zunehmende Doppelbesteuerung auf Liegenschaften; Marc Fritschi (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2024

Der Stadtratspräsident



Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder